

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Presse. 1890-1944 1932

554 (26.11.1932) Morgenausgabe

Badische Presse

und
Neue Badische Presse Handels-Zeitung Badische Landeszeitung

Verbreitetste Zeitung Badens

Karlsruhe, Samstag, den 26. November 1932.

Eigentum und Verlag von
: Ferdinand Thiermann :
Redaktionsverantw. für Politik:
H. Kimmig; für badische Nachrichten:
Dr. E. Schenck; für Kommunalpolitik:
R. Binder; für Lokales und Sport:
R. Bolander; für das Reich:
M. Götsche; für Ober- und Konvert:
Ehrh. Dörfler; für den Handel:
Fritz Feld; für die Anzeigen: Endwig
Weinl; alle in Karlsruhe (Baden).
Berliner Redaktion: Dr. Axel Meiser.
Fernsprecher: 4050, 4051, 4052, 4053, 4054.
Hauptgeschäftsstelle: Kaiserstraße
Nr. 80 a. — Postcheckkonto: Karlsruhe
Nr. 8359. — Beilagen: Volk und
Selbst / Literarische Umschau / Nomau-
blatt / Sportblatt / Frauen-Zeitung /
Reise- u. Bäder-Zeitung / Landwirtschaft.
Gartenbau / Karlsruher Vereins-Zeitung.

Bezugspreis: Drei Mark monatlich 2,90%
im Voraus, im Verlag oder in den
Buchhandlungen abgeholt 2,30 Mark. Durch
die Post bezogen (einmal täglich) monatlich
2,10 Mark auswärts 42 Pf. Zustellgeld.
Einzelpreise: Werktags-Nummer 10 Pf.,
Sonntags-Nummer und Feiertags-
Nummer 15 Pf. Am Fall höherer
Gehalt. Zerst. und Vervielfältigung ohne
die der Verleger keine Anrechte bei
Veröffentlichung oder Nichterhalten der
Zahlung. — Abbestellungen können nur
tatsächlich bis zum 25. ds. Mts auf den
Monats-Vertrag angenommen werden.
Anzeigenpreise: Die Normzettel-Preise
0,40 Mark. Stellen, Gebilde, Familien-
und Gelegenheits-Anzeigen aus Baden
ermäßigter Preis. — Reflekt. - Zeile
20 Pf. an erster Stelle 2,50 Mark.
Bei Wiederholung tariflicher Rabatt,
der bei Nichterhalten des Belegs, bei
geringerer Verbreitung und bei Kon-
kurrenz außer Kraft tritt. Erfüllung-
ort und Gerichtsstand in Karlsruhe.

Nun auch Kaas gescheitert.

Bildung einer parlamentarischen Mehrheitsregierung unmöglich / Setzt Präsidialkabinett durch einen Vertrauensmann des Reichspräsidenten.

m. Berlin, 25. Nov. (Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.) Amlich wird mitgeteilt: Der Reichspräsident empfing heute nachmittag um 17 Uhr den Führer des Zentrums, Herrn Prälat Kaas, der ihm über seine heutigen Besprechungen mit den Vorsitzenden der NSDAP, DVP, Bayerische Volkspartei und Deutsche Volkspartei über die etwa noch vorhandenen Möglichkeiten zur Bildung einer Not- und Arbeitsmehrheit im Reichstag berichtete.

Wer wird Kanzler?

m. Berlin, 25. Nov. (Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.) Die Bemühungen des Zentrumsführers Kaas um die Bildung einer Mehrheitsregierung sind, wie zu erwarten war, fehlgeschlagen. Er hat seine Aufgabe trotz der von Anfang an feststehenden geringen Erfolgsmöglichkeiten durchaus ernst angepackt, mußte das auch, weil er selbst vor den Wahlen doch die Erwartung ausgesprochen hatte, daß es gelingen würde, zu einer Verständigung zu kommen, wenn die Führer der Parteien sich nur einmal einige Zeit zusammensetzten. Er wird heute einsehen müssen, daß dieser Optimismus ein Irrtum war.

Die Bayerische Volkspartei und die Deutsche Volkspartei haben sich ihm zur Verfügung gestellt. Versagt haben sich die Deutschnationalen, weil sie eine Rückkehr zum parlamentarischen System nicht mitmachen wollen. Versagt hat sich auch Adolf Hitler trotz grundsätzlicher Übereinstimmung.

Es ist also die Bilanz zu ziehen, daß Herr Kaas nicht an der sachlichen Unmöglichkeit scheiterte, daß vielmehr auch er überhaupt nicht dazu gekommen ist, die grundsätzlichen Voraussetzungen für ein materielles Arbeitsprogramm einer parlamentarischen Mehrheit zu klären, sondern in tatsächlichen Vorfeldern stecken blieb, immer wieder weil das Mißtrauen Hitlers alle Initiativen lahm legt. Jedenfalls dürften die Bestrebungen nach einem parlamentarischen Kabinett endgültig zum Abschluß gekommen sein.

Der Reichspräsident wird Samstag vormittag seine engeren Berater bei sich sehen, darunter wohl den Kanzler, den Reichswehrminister von Schleicher und den Staatssekretär Meißner, um ihren Rat zu hören. Die einzige Bilanz, die noch bleibt, ist ja nun die Rückkehr zur Präsidialregierung. Man rechnet deshalb auch allgemein damit, daß Herr von Hindenburg schon am Samstag mittag einen neuen Mann seines Vertrauens mit der Regierung betraut, der sich vielleicht eine kurze Bedenkzeit ausbittet, schon um zu überlegen, wieviel von den Mitgliedern des alten Kabinetts er übernehmen will.

Unzweifelhaft ist, daß starke Kräfte am Werke sind, die sich für eine Rückkehr des bisherigen Kanzlers von Papen einsetzen. Herr von Hindenburg hat ja auch bei jeder Gelegenheit erkennen lassen, daß Herr von Papen nach wie vor sein uneingeschränktes Vertrauen besitzt, hat ihn inzwischen auch wiederholt zu Besprechungen herangezogen. Aber der Zentrumsführer Kaas, der am Freitag über eine halbe Stunde beim Präsidenten war, wird in zumindest sehr vorsichtiger Form darauf aufmerksam gemacht haben, daß eine Rückkehr Papens eine wesentliche Verschärfung der Situation geben muß. Es wäre immerhin denkbar, daß ein vollkommen unbelasteter Mann, der auf alle prinzipiellen Reformen verzichtet, — also die Verfassungs- und Reichsreform zunächst zurückstellt und dadurch die Reibungsfläche verringert — auch bei den Nationalsozialisten nicht auf eine so erbitterte Gegnerschaft stößt, wie Herr von Papen, das also ihre Opposition mindestens gemäßigter wäre, und so doch in irgend einer Form ein Weg gefunden werden könnte, der den offenen Konflikt vermeidet.

Die Aufgaben eines solchen Präsidialkabinetts könnten also nur darin bestehen, über die nächsten Monate hinwegzukommen, damit inzwischen die Empfindlichkeiten sich etwas abkühlen, die diesmal noch eine Verständigung unmöglich machten. Nach mehr oder gilt das dem Zentrum gegenüber. Für das Zentrum ist nun einmal Herr von Papen untagbar, während bei jedem anderen Kanzler eine Annäherung an das Präsidialkabinett immerhin denkbar wäre. Ein solches Kabinett würde dann noch ungefähr ein Drittel des Reichstags hinter sich haben und nicht von vornherein mit der Gefahr des Widerstandes zu rechnen haben, der gegen Herrn von Papen unvermeidlich ist.

erklärte, an sich entspreche die Feststellung der sachlichen Grundlage für eine etwaige Mehrheitsregierung durchaus seinen Auffassungen. Auf Grund der Erfahrungen der vergangenen Tage und der Überzeugung, daß einem positiven Ergebnis dieser sachlichen Beratungen seitens einflussreicher Stellen keine Folge gegeben würde, halte er eine Beteiligung seinerseits nicht mehr für vertretbar.

Auf Grund dieser Feststellungen hat Prälat Kaas den Herrn Reichspräsidenten, von einer weiteren Fühlungnahme mit den Parteien abzusehen zu wollen.

Der Herr Reichspräsident dankte Prälat Kaas für seine Bemühungen.

Es ist anzunehmen, daß der Reichspräsident nun von jedem weiteren Versuch einer parlamentarischen Mehrheitsbildung absehen und spätestens am Samstag einen Mann seines Vertrauens zur Bildung einer Präsidialregierung berufen wird.

schon mit der politischen Aussprache beginnen, an deren Anfang eine Erklärung des Kabinetts steht, an deren Ende aber dann Mißtrauensanträge und Anträge auf Aufhebung der Notverordnungen stehen, die beinahe unvermeidlich auch das künftige Kabinett wieder in einen offenen Konflikt mit dem Reichstag hineinbringen werden.

Die Unterhaltung Schleicher-Hitler.

m. Berlin, 25. Nov. (Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.) Aus dem Briefwechsel zwischen Hindenburg und Hitler ist eine Unterhaltung zwischen dem Reichswehrminister von Schleicher und dem Führer der Nationalsozialisten bekannt geworden. Hitler hatte selbst um diese Unterredung gebeten. Der Reichspräsident hat sich dagegen nicht gewehrt, weil er jede Möglichkeit benutzte, um die Verhandlungen mit den Nationalsozialisten vorwärts zu bringen. Es war aber ganz selbstverständlich, daß der General von Schleicher im Verlauf dieser Unterhaltung die Momente in den Vordergrund stellte, die für den Reichspräsidenten maßgebend waren.

Die Unterhaltung selbst wird in politischen Kreisen lebhaft erörtert. Sehr wird bekannt, daß Schleicher Herrn Hitler noch einmal gefragt hat, ob er bereit wäre, etwa ein Kabinett Schacht zu unterstützen. Hitler hat das verneint. Er hat gleichzeitig die Unterstützung eines Kabinetts Strasser abgelehnt, ebenso die Tolerierung einer Regierung mit einer neutralen Spitze. Er wollte auch nicht von losen Verbindungen zu einem Kabinett wissen, das lediglich aus parteipolitisch unbelasteten Personen besteht. Immer wieder erklärte Hitler dem General Schleicher,

daß er allein die Führung in der Regierung und damit die ganze Regierung für sich und seine Bewegung in Anspruch nimmt.

Hier war ihm also noch einmal eine Chance gegeben, auf dem Umweg über den Reichswehrminister den Verhandlungen einen positiven Charakter zu geben. Er hat aber starr und keif an der Auslieferung der Regierungsgewalt festgehalten und damit dem Reichswehrminister von Schleicher die Möglichkeit genommen, sich für ihn beim Reichspräsidenten zu verwenden.

er müsse erst von seiner Regierung Weisung einholen. Die übrigen Mitglieder des Rates erhoben keine Einwendungen gegen die Überweisung des Lytton-Berichts an die außerordentliche Vollversammlung. Man trug jedoch der Lage Japans insofern Rechnung, als man die Entscheidung über die Überweisung der Angelegenheit dem Völkerbundsrat an die Vollversammlung auf Montag vormittag 11 Uhr vertagte.

Zum Schluß trat der Völkerbundsrat in die Behandlung der polnischen Zwangseinführung des Lotsys bei den Danziger Eisenbahnen ein. Wie der Berichterstatter, Sir John Simon, mitteilte, hat Polen den von ihm gemachten Vermittlungsvorschlag, die Durchführung der Verordnung bis zur Unterbreitung und Regelung der Angelegenheit durch den Oberkommissar aufzuzchieben, nicht angenommen. Der Völkerbundsrat beschloß die Angelegenheit am Vormittag 11 Uhr weiter zu behandeln.

Wiederaufnahme der Gleichberechtigungsgespräche.

Ep. Genf, 25. Nov. (Eigener Drahtbericht der Bad. Presse.) Die Wiederaufnahme der Gleichberechtigungsgespräche zwischen den fünf Großmächtevertretern ist, wie aus französischer Quelle verlautet, provisorisch auf Freitag, den 2. Dezember, angelegt worden. Da man jedoch damit rechnet, daß zu diesem Zeitpunkt verschiedene Großmächtevertreter noch nicht in Genf sein können, hat man die Möglichkeit offen gelassen, die Wiederaufnahme der Besprechungen erst in der Woche vom 5. bis 12. Dezember vorzunehmen, in der auch die außerordentliche Vollversammlung des Völkerbundes über den chinesisch-japanischen Konflikt in Genf tagen wird.

Der Völkerbund als Schlichter.

Gran-Chaco- und China-Japan-Konflikt vor dem Völkerbundsrat / Ueberweisung an die Vollversammlung?

Ep. Genf, 25. Nov. (Eigener Drahtbericht der Badischen Presse.) Der Völkerbundsrat beschäftigte sich am Freitag nachmittag mit dem Konflikt zwischen Bolivien und Paraguay. Der Völkerbundsrat beschloß, die Angelegenheit dem Völkerbundsrat an die Vollversammlung auf Montag vormittag 11 Uhr vertagte.

Kanzlerpräsident de Valera teilte dann mit, daß nach den Darlegungen der beiden Parteien vor dem Völkerbundsrat der Augenblick gekommen sei, die außerordentliche Vollversammlung nach Artikel 15, Absatz 9, des Völkerbundsstatuts mit der Angelegenheit zu betrauen. Matsuo-Japan antwortete darauf,

Dr. von Preger bei Hindenburg.



Berlin, 25. Nov. Reichspräsident von Hindenburg empfing gestern den mit Ende des Monats in den Ruhestand tretenden bayerischen Gesandten und künftigen Stellvertreter im Reichsrat, Dr. von Preger. Der Reichspräsident überreichte bei dieser Gelegenheit Herrn von Preger sein Bild mit eigenhändiger Unterschrift.

Stuttgarter Regierung gegen Aufhebung der Notverordnungen.

Stuttgart, 25. Nov. Auf den Beschluß des Landtags, der die Regierung aufforderte, die württembergischen Notverordnungen aufzuheben, hat Staatspräsident Dr. Holz dem Landtagspräsidium ein Schreiben zugehen lassen. Darin wird festgestellt, daß eine Zurücknahme der Notverordnungen ohne gleichwertigen Ersatz zur Ausgleichung des Fehlbetrags im Staatshaushaltsplan 1932 und zur Sicherstellung der Haushaltsführung der Gemeinden nicht möglich ist.

Kampf der Parteien im preussischen Landtag.

m. Berlin, 25. Nov. (Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.) Eine eigenartige Begleitmusik zu den Verhandlungen um die Regierungskrise im Reich liefert der preussische Landtag, der am Freitag die am Donnerstag begonnene politische Aussprache fortgesetzt hat. Er hat eine Reihe von Fragenkomplexen zusammengefaßt, zunächst die allgemeine politische Lage, dann das Problem der Gemeindefinanzen, und am Samstag soll die Aussprache über Sondergerichte und den Berliner Verkehrsstreik sich anschließen.

Unnötig zu sagen, daß während der politischen Aussprache die ganze Debatte sich fast ausschließlich in einen Kampf der Parteien untereinander auflöste, und daß sachlich jedenfalls gar nichts dabei herauskam. Die sehr vernünftige Mahnung des Volksparteitellers Schwarzhaupt, daß die für die Dinge verantwortlichen Parteien nun einmal endlich den Versuch machen sollten, einen Ministerpräsidenten in Preußen zu wählen, fiel selbstverständlich auch vollkommen unter den Tisch. Nachzutragen ist noch, daß der nationalsozialistische Landtagspräsident Kerrl eine etwas peinliche Niederlage erlitt. Er hatte vor einigen Wochen den Demokraten Kuschle aus dem Saal vertrieben, Kuschle hatte dagegen Empörung erhoben und erhielt mit den Stimmen aller Parteien, mit Ausnahme der Nationalsozialisten, gegen den Präsidenten Kersch.

Offene Koalitionskrise in Baden.

Der sozialdemokratische Parteibeschluß ist entscheidend. — Kampfanzeige des Zentrums.

Am Schluß eines längeren Artikels, überschrieben „Am Scheideweg der badischen Politik“, in dem der Chef der badischen Zentrumsgruppe, Dr. Föhr, zu dem bevorstehenden Parteitag der sozialdemokratischen Partei Badens Stellung nimmt, heißt es wörtlich: „Für das Zentrum stellt sich die Situation einfach dar: Es ist bereit, die Arbeitsgemeinschaft auf der bisherigen Basis fortzusetzen. Kulturpolitisch bedeutet das, daß die Linie, wie sie seit 1918 eingehalten wurde, auch weiterhin richtunggebend sein muß. Es bedeutet weiter, daß an der Vereinbarung über das Konkordat bei der Schaffung der Regierungskoalition und bei der Einigung über den Konkordatsinhalt festzuhalten ist.“

Ein Verstoß dagegen würde vom Zentrum automatisch dahin verstanden werden müssen, daß die sozialdemokratische Partei einseitig die Koalitionsvereinbarungen bricht, Treue und Glauben auf das schwerste verletzt, kulturpolitisch die bisherige Linie, auf der allein mit dem Zentrum eine Arbeitsgemeinschaft bestehen konnte, verläßt und damit die seit 14 Jahren bestehende Arbeitsgemeinschaft mutwillig, aber bewußt zerschlägt.

Daß im badischen Zentrum ein Beschluß des Parteitages im Sinne der sozialdemokratischen Landesleitung so ausgelegt werden muß, soll hiermit in aller Deutlichkeit ausgesprochen werden. Eine beratende Entscheidung des Parteitages würde vom Zentrum automatisch als Lösung der Koalition betrachtet werden. Diese Auffassung hat der erweiterte Parteivorstand und die Zentrumsfraktion in einer gemeinsamen Sitzung in Karlsruhe am 25. November durch folgenden einstimmig gefaßten Beschluß zum Ausdruck gebracht (wiederholt, weil nur in einem Teil der Auflage):

„Der erweiterte Parteivorstand und die Landtagsfraktion der Zentrumsgruppe kamen nach eingehender Beratung einstimmig zu dem Beschluß, daß eine Entscheidung des sozialdemokratischen Parteitages, auf Grund deren die sozialdemokratische Fraktion gegenüber dem Konkordat von der Stimmenthaltung zur Ablehnung übergehen würde, als schwerster Verstoß gegen Treue und Glauben und politische Moral, als Zerschmetterung der Koalitionsgrundlage und damit als Auflösung der derzeitigen bestehenden Regierungskoalition zu betrachten sei.“

Wir stehen in der badischen Politik tatsächlich am Scheideweg. Die Entscheidung liegt bei der Sozialdemokratie und ihrem Offenburger Parteitag. Es geht dort wirklich um „mehr als nur einen Konkordatsstreit“. Mit dem Beschluß des Parteitages der badischen Sozialdemokratie wird über die derzeitige badische Regierungskoalition automatisch entschieden sein.“

In der Entscheidung des Zentrums wird man einen letzten Versuch sehen müssen, auf die Sozialdemokratie einen Druck auszuüben, um sie, wenn irgendmöglich, bei der Abstimmung über das Konkordat doch noch zur Stimmenthaltung zu bewegen. In Zentrumskreisen war man, wie auch die damalige Verlautbarung erkennen ließ, über den feinerzeitigen Beschluß der sozialdemokratischen Landtagsfraktion, dem Konkordat durch Enthaltung die Zustimmung zu verweigern, schon recht verärgert. Man hatte sich aber nach dem ersten Weger damit abgefunden, weil die Stimmenthaltung des Koalitionspartners immerhin noch eine Mehrheit für die Kirchenverträge im Landtag ermöglicht. Dies hat ja auch das Ergebnis der Abstimmungen im Haushaltsausschuß gezeigt. Ob die Drohung des Zentrums mit dem Bruch der Koalition auf die Entscheidung des sozialdemokratischen Parteitages, der bekanntlich am Sonntag in Offenburg zusammentritt, noch einen Einfluß ausüben wird, ist füglich zu bezweifeln. Ueber die Folgen, die eine Stimmentgabe gegen das Konkordat nach sich ziehen dürfte, war sich die sozialdemokratische Parteimehrheit von vornherein klar. Auf der anderen Seite fehlt es innerhalb der sozialdemokratischen Reihen auch nicht an gewichtigen Stimmen, die auf dem Umweg der Konkordatsablehnung eine Entlastung von der Regierungsverantwortung

tung auch in Baden befürworten. Wenn dieser Tage der in Aussicht genommene neue badische Innenminister, der Mainzer Bürgermeister Dr. Kraus, die gegenseitige Anschauung vertrat, so ist er nach allem, was über die Stimmung der sozialdemokratischen Wähler im Lande bekannt wurde, zusammen mit der Landtagsfraktion doch nur der Sprecher einer Minderheit.

Die Möglichkeit oder sogar Wahrscheinlichkeit, daß die aus Zentrum, Sozialdemokratie und Deutscher Volkspartei bestehende Regierungskoalition kurz vor dem Zerfall steht, ist demnach nicht von der Hand zu weisen. In diesem Zusammenhange erhebt sich aber die Frage, ob und wo das Zentrum einen Ersatz für die abgefallene Sozialdemokratie suchen wird. Die Staatspartei, die mit kurzer Unterbrechung bis 1929 mit Zentrum und Sozialdemokratie in der Koalition saß, kommt ebensovornig wie der Evangelische Volksdienst, von dem als etwaiger Partner bereits bei der letzten Regierungskrise mehrfach gesprochen wurde, wegen der Konkordatsgegnerlichkeit der beiden Parteien nicht in Frage. Deutschnationale und Nationalsozialisten dürfen auf der anderen Seite keineswegs daran denken, ein Jahr vor den Neuwahlen zum Landtag die Regierungsverantwortung mitzübernehmen. Da Zentrum und die deutschvölkische Fraktionsgemeinschaft über 44 Stimmen, also genau 50 v. H. der Landtagsmandate verfügen, ist es also sehr wohl möglich, daß das Zentrum bis zum Schluß der Landtagsperiode sich mit der Zweiparteien-Koalition zufrieden geben wird. Bei den noch zur Erörterung stehenden Fragen und Gesichtspunkten wird die Regierung zweifellos, wenn auch mit wechselnder Unterstützung, die genügende Mehrheit finden, so daß es bei einer ewigen Ausbohrung des sozialdemokratischen Regierungspartners recht wohl sein Bemühen finden dürfte.

Lahrer Gemeindefragen.

Das Winterprogramm der Erwerbslosen. — An die Adresse der Staatsregierung.

× **Lahr, 25. Nov.** In seiner letzten Sitzung behandelte der Stadtrat das umfangreiche Winterhilfsprogramm der Erwerbslosen. Diese forberten in einer 13 Punkte umfassenden Eingabe folgendes: Beihilfen von 40 Mark für Verheiratete, 30 Mark für Ledige und je Kind 10 Mark; unentgeltliche Abgabe von Hausbrand, Kartoffeln, Gas und Strom; Übernahme der vollen Miete durch das Fürsorgeamt; Erhöhung und Gewährung der Naturalunterstützungen an alle Unterstützungsempfänger; frisklose Gewährung von Zahnbehandlung und Schuhreparaturen, Streichung aller Gas- und Lichtzählrechnungen, Aufhebung von Leitungssperren; Auszahlung der vollen Unterstützung während Wart- und Sperrstrafen, Erhöhung der Unterstützungsrichtsätze auf den Stand vom 1. Januar 1932; Bereitstellung eines Büros für Erwerbslosenausschuß und seine Anerkennung durch die Stadtverwaltung; Bereitstellung der Aula für Erwerbslosensammlungen und Einrichtung einer Wärmehalle.

Diese Eingabe war von 750 Erwerbslosen unterschrieben. Unter ihnen befand sich bemerkenswerterweise der Eigentümer eines schuldenfreien Wohnhauses. Der Stadtrat beriet die Anträge einzeln, konnte ihnen größtenteils aber aus finanziellen und rechtlichen Gründen nicht näher treten. Nach der Fürsorgepflichtverordnung sind Zusatzunterstützungen überhaupt nicht zulässig. Lahr hat 3. Kl. nach die höchsten Fürsorgerichtsätze in Baden. Sie liegen zumteil noch über den Tariflöhnen vollbeschäftigter städtischer Arbeiter. Der Stadtrat hat schon früher beschlossene, Gesuche um Stundung und Nachlaß von Gasrechnungen von Fall zu Fall wohlwollend zu prüfen und Nachlässe auf die Fürsorgekasse zu übernehmen. Arzneimittel, ärztliche Behandlung und Zahnpflege wurden bisher schon besonders, ohne Aufrechnung auf die Fürsorgekasse, gewährt. Beschlossen wurde, die Invalidenversicherungsbeträge soweit auf die Fürsorgekasse zu übernehmen, als sie zur Aufrechterhaltung der Anwartschaft notwendig sind. Nachdem die Hilfsbedürftigen bereits im Fürsorgeausschuß

Gemeinde-Umschau.

Pforzheim, 24. Nov. (Aus der Stadtverwaltung.) Der Bürgerausschuß stimmte in seiner Sitzung vom 22. ds. Mts. der Gemeindeabstimmung über die Errichtung von Pfandleihenbüros zu. Danach ist die Erlaubnis zum Betrieb eines Pfandleihenbüros vom Nachweis des Bedürfnisses abhängig. Ferner werden einige Grundstückskauf- und Tauschverträge, u. a. mit der Gemeinnützigen Baugesellschaft, genehmigt.

× **Kehl, 24. Nov. (Gemeinderatsbeschlüsse.)** Der Gemeinderat stimmte einer großen Zahl nationalsozialistischer Anträge zu. Danach soll die badische Regierung sich bei der Reichsregierung einsetzen auf Ausdehnung des Vollstreckungsschutzes auf Handel, Gewerbe und Hausbesitz, Nachlaß der Gebäudesteuer in voller Höhe, Zinsfußfestsetzung für langfristige Kredite auf nicht über drei Prozent, Tragung der Arbeitslosenfürsorge durch das Reich; rüdständige Gemeindeabgaben sollen nicht mehr auf dem Wege der Steuerüberweisungen einbehalten werden dürfen. Die weiteren Forderungen lauten auf sofortige Einführung der Arbeitslosenpflicht, der Warenhaussteuer, Verfüngung der Fiktalsteuer, Einfuhrdrosselung unentbehrlicher Produkte, Einführung der Devisensteuer. Abgelehnt wurden die Anträge, daß die Reichsregierung ihre Notverordnungen zurücknehme und daß der Zinsdienst mit sofortiger Wirkung einzustellen sei.

× **Waldshut, 25. Nov. (Aus dem Gemeinderat.)** Das Landesarbeitsamt hat für den Ausbau der Kanalisation in der alten Eschbacherstraße Mittel aus der produktiven Erwerbslosenfürsorge zur Verfügung gestellt; der Gemeinderat beschloß, die Durchführung eines außerordentlichen Holzhiebs in Höhe von 200 fm, wovon der Erlös aus 1500 fm für die Kanalisation und aus 500 fm für die Erstellung von Waldwegen verwendet werden soll. — Die Gesamtabrechnung für die städt. Wohnhausneubauarbeiten wurde zur Kenntnis genommen; die Gesamtkosten betragen 653 430,87 RM. Zum Schluß wurde bekanntgegeben, daß der Badische Verwaltungsgerichtshof Karlsruhe die Wiederaufnahme der Badischen Versicherungsanstalt für Gemeinde- und Körperschaftsbeamte in Sachen der Ruhegehaltszahlung an Bürgermeister i. R. Dr. Horster abgewiesen hat.

vertreten sind, erübrigt sich eine Anerkennung des Erwerbslosenausschusses. Der Antrag auf Bereitstellung einer Wärmehalle ist völlig gegenstandslos, da der Stadtrat auch für diesen Winter eine Wärmehalle eingerichtet hat, die den Bedürftigen schon seit längerer Zeit offen steht.

Weiter beschloß der Stadtrat, die Landesregierung zu ersuchen, bei der Reichsregierung zu veranlassen, daß 1. mit sofortiger Wirkung die Gebäudesteuer in Höhe von 50 Prozent zur Vornahme dringend notwendiger Reparaturen durch am Ort ansässige Handwerker den Hauseigentümern zu belassen; für Schwarzarbeit soll diese Vergütung nicht gewährt werden; 2. daß mit sofortiger Wirkung der Zinsfuß für langfristige Kredite auf 4 Prozent und für kurzfristige auf 3 Prozent künftighin festgelegt wird.

× **Menzingen, 24. Nov. (Tabakverkauf.)** Die hiesige Tabakernnte wurde insgesamt an die Firmen Landfried-Seidelberg und Scherer-Walldorf zum Preise von 60 Mark pro Zentner verkauft. Zum selben Preis wurde der Tabak unserer Nachbargemeinde Landshausen abgegeben.

— **Königsheim, 25. Nov. (Marder in einer Hühnerfarm.)** In die Hühnerfarm des Josef Ziermeier brach in der Nacht ein Marder ein und tötete 11 der Legehühner. Der Marder und Viehstraß hatte sich an seinen Opfern so gütlich getan, daß er nicht mehr zu fliehen imstande war und getötet werden konnte.

Gernsbach, 25. Nov. (Gesagte Wilderer.) Auf hiesiger Gemarkung wurde vor einigen Tagen ein Reh gewildert. Durch die nach Loffenau führende Spur gelang es jetzt, zwei schon lange der Wilderei Verdächtige der Täterschaft zu überführen. Beide wurden nach Raftart in Untersuchungshaft abgeführt.

— **Wössbach (Amt Bühl), 25. Nov.** Frau Kath. Greuter bringt heute in guter Rüstigkeit ihren 75. Geburtstag.

Seelbach, 26. Nov. (Lastwagen gegen Straßenbahn.) In der Nacht auf Donnerstag ereignete sich in Neuhof, einem Vorort Straßburgs, ein schwerer Verkehrsunfall. Ein hiesiger Lastwagen mit 2 Anhängern fuhr in voller Fahrt gegen eine entgegenkommende Straßenbahn. Dabei wurden außer dem Straßenbahnführer zwei Fahrgäste verletzt und sowohl der Straßenbahnwagen als auch das Lastauto schwer beschädigt. Die französische Polizei verhaftete die beiden Insassen des Lastwagens, den 28 Jahre alten Wilhelm Kohler und den 18 Jahre alten Franz Schurr von hier unter der Beschuldigung, infolge Trunkenheit die Gewalt über ihr Fahrzeug verloren und den Zusammenstoß verschuldet zu haben. Das Lastgefährt wurde beschlagnahmt.

— **Weil a. Rh., 25. Nov. (Saffentilgung.)** Der im verfloffenen Sommer unter dem Verdacht des Gattenmordes verhaftete Photograph aus Lahr, wohnhaft in Weil a. Rh., ist aus der Haft entlassen und auf freien Fuß gesetzt worden. Wenn auch gewisse Gründe und Indizien für ein Verschulden im strafrechtlichen Sinne an dem Tod der Frau sprachen, so schienen sie nach reiflicher Prüfung der Angelegenheit für eine Verurteilung nicht auszureichen. Mit der Freilassung des Verdächtigen ist auch das Verfahren eingestellt worden.

Gerichtszeitung.

+ **Offenburg, 25. Nov. (Fahrlässige Tötung.)** Vor dem hiesigen Schöffengericht hatte sich ein Einwohner aus Junzweiler wegen fahrlässiger Tötung zu verantworten. Der Angeklagte fuhr am 22. September nach eingetretener Dunkelheit mit seinem unvorschriftsmäßig beleuchteten Motorrad von Ortenberg nach Junzweiler mit einer so großen Geschwindigkeit, daß er die Straße nicht übersehen konnte und beim Überholen den Fuhrmann Josef Stör anfuhr. Stör wurde zu Boden geworfen und verstarb später an der erlittenen Gehirnerschütterung. Der Angeklagte erhielt an Stelle einer an sich verwirkten Gefängnisstrafe von 6 Wochen eine Geldstrafe von 200 RM.

Kraftwagen fährt mit Holzgas.

Id. Bronnbach a. Tauber, 25. Nov. Aufsehen erregt hier ein neuer Kraftwagen der fürstlichen Brauerei, in dem eine Vorrichtung zur Holzvergassung eingebaut ist. Dieser Kraftwagen tanzt kein Benzin, sondern führt als Betriebsstoff einige Zentner Holz mit, das in einem Kessel vergast wird. Nachdem es durch Röhren gereinigt ist, wird es dem Motor zugeführt. Die Betriebskosten sollen sich durch diese Neuerung bedeutend ermäßigen.

Nächtlicher Brand.

Somburg (bei Ueberlingen), 25. Nov. Heute nacht brannte das Wohnen der Witwe Beck nieder. Auf dem Brandplatze weilen die Feuerwehr von Limpach und die Motorpöhr von Ueberlingen. Infolge des schweren Sturmes konnte nichts mehr gerettet werden. Nur mit Mühe gelang es, die bereits schlafenden Kinder aus dem Anwesen zu bergen. Der Schaden übersteigt 20 000 Mark. Die Brandursache ist noch unbekannt.

× **Konstanz, 25. Nov. (Brandstiftung.)** Am 17. Februar d. J. brannte in Dettingen das Anwesen des Traubenwirts Johann Georg Schrott ab, wobei ein Schaden von über 35 000 Mark entstand. Seit hat der seit dem 12. September in Untersuchungshaft befindliche Adolf Schrott von Wollmatingen, der inzwischen auch 21 Bauernhaussträflinge eingestanden hat, zugegeben, den Brand in Dettingen aus Rache angelegt zu haben.

Konzerte.

p. M. Neurent, 24. Nov. (Vokal-Konzert.) Der Gesangverein „Sängerbund“ veranstaltete am Vahing in Verbindung mit dem Nachmittagsgottesdienst ein geistliches Konzert in der Kirche. Undächtig hörten die zahlreichen Gottesdienstbesucher die Orchester-, Gesangs- und Violindarbietungen.

× **Gernsbach, 25. Nov. (Jubiläumskonzert.)** Aus Anlaß seines 50-jährigen Bestehens veranstaltete der „Sängerverein“ Gernsbach ein Jubiläumskonzert im Löwenaal. Der Dirigent Georg Martin, dem auch der Orchesterverein musikalisch untersteht, hatte ein hübsches Programm aus zumeist Volksweisen zusammengestellt. Der Männerchor brachte die Lieder gefällig zum Vortrag. Ein gemischter Chor sang unter Begleitung des Gernsbacher Gesangvereins den Mozarthymnus „Dir Seele des Weltalls“ formidabel; nicht minder gefielen Strauß' „Geschichten aus dem Wiener Wald“. Den Solopart hatte Hilde Föhn, eine einheimische Kunstjüngerin, übernommen. Auch einigen Liedern zeitgenössischer Komponisten widmete sie ihren Sopran mit Erfolg. Sie wurde von der Karlsruher Gesangslehrerin B. Beck am Flügel begleitet. Die Geigerin Jiska Panla (Gernsbach) zeigte sich als überlegene Beherrscherin ihres Instruments.

× **Ueberlingen a. Nied, 25. Nov.** Gestern konnte Herr Johann Bonenkengel seinen 80. Geburtstag in geistiger und körperlicher Frische begehen. Er war als Mechaniker bis zu seinem 78. Lebensjahre tätig. Noch mit 74 Jahren erlernte er das Radfahren, ein Zeichen seiner Rüstigkeit.

Waschseidene Strümpfe 145 3 Paar **4.- Lederstoffhandschuhe 0.85** Rud. Hugo Dietrich
feinmaschig m. Zehenverstärkung **aller Art, für Damen und Herren, Restpaare**

Statt besonderer Anzeige.
Am 25. November entschlief mein lieber, guter Mann, unser treusorgender Vater, Großvater und Onkel
Friedr. August Heckmann
Rektor a. D.
nach vollendetem 72. Lebensjahre.
Grötzingen, den 25. November 1932.
Im Namen der Hinterbliebenen:
Frau B. Heckmann.
Die Beerdigung findet am 28. November, nachmittags 3 Uhr, statt.
Von Beileidsbesuchen und Grabreden bitten wir Abstand nehmen zu wollen.

Danksagung.
Für die wohlthuenden Beweise treuer Liebe und Anteilnahme beim allzufrühen Heimgang meiner lieben, unvergesslichen Frau
Luise Schröder, geb. Hilß
danke ich von Herzen.
Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:
Hermann Schröder
und Kind Getraude.
Karlsruhe, den 25. November 1932.

Todes-Anzeige.
Meine liebe Frau, unsere Mutter u. Großmutter (*),
Katharina Seller
ist nach langer schwerer Krankheit sanft entschlafen.
Karlsruhe (Uhl. Landstr. 2), Dortmund, d. 25. November 1932.
Im Namen der Angehörigen:
Johannes Seller.
Beerdigung: Montag, den 28. Nov. nachm. 2 Uhr.
Fußböden
Reinigt, Wischt, Putzt, reinigt u. rep. Gullys, Kaffert, 51, Tel. 1930!

STATT KARTEN
August Wemlinger
Rosa Wemlinger
geb. Seider
Vermählte
Karlsruhe, 26. November 1932

Welche Druckerei
ist in der Lage, eine Broschüre (Notationsdruck) in Auflage ca. 30 000 Exempl., regelmäßig herauszugeben.
Angeb. unt. S 18700a an die Bad. Presse.
Benzin!
Wer liefert wirklich gutes Benzin (Benzinbenzin)?
Angeb. unter S 1888a an die Bad. Presse.
Bauernbutter
frisch und gut, Bund 1.10 M., jed. Quant. Angebote unter S 1493 an die Bad. Presse.

